

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2021

Beschlussfassung der Mitgliederversammlung
Friedberg 17.08.2020



DIE LINKE.
ORTSVERBAND FRIEDBERG

The logo features the text 'DIE LINKE.' in a bold, black, sans-serif font. A small red triangle is positioned above the letter 'I' in 'LINKE'. Below this, the text 'ORTSVERBAND FRIEDBERG' is written in a smaller, black, all-caps, sans-serif font. The entire logo is contained within a white rectangular box.

Inhalt

Vorwort	1
1. Soziale Sicherung und Lebenschancen für alle	1
1.1 Wohnraum.....	1
1.2 Der Friedberg Sozialpass	3
1.3 Kindertagesstätten.....	3
1.4 Barrierefreiheit.....	4
1.5 Senioren.....	5
1.6 Asylrecht.....	6
2. Umweltschutz	7
2.1. Wasser und Energie	7
2.2 Mobilität.....	8
2.3 Ökologische Stadtgestaltung	10
2.4 Landwirtschaft	10
2.5 Fair einkaufen.....	11
3. Demokratie und Kultur – Bürger*innen beteiligen!	12
3.1. Transparente Gremien.....	12
3.2. Vertreter*innen stärken.....	12
3.3 Direkte Demokratie	13
3.4 Bürger*innenhaushalt	14
3.5 Kultur und Bildung	14
3.6 Das Junity.....	15
3.7 Demokratie für Jugendliche	16
3.8 Gleichberechtigung.....	16
3.9 Antifaschismus	18
3.10 Migration.....	19
4. Zukunftsfähigkeit	19
4.1 Finanzen.....	19
4.2 Öffentliche Infrastruktur	21
4.3 Stadtentwicklung	22
4.4 Die Kaiserstraße.....	23
4.5 Kasernengelände	24
4.6 Corona.....	24
4.7 Friedberg und Bad Nauheim.....	25

Vorwort

Liebe Wähler*innen, liebe Genoss*innen, liebe Interessent*innen,

DIE LINKE. Friedberg setzt sich dafür ein, dass in Friedberg soziale und ökologische Themen gemeinsam angegangen werden. Soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Beide sind notwendig, um ein gutes Leben in Friedberg, in Deutschland und in der ganzen Welt zu ermöglichen. Global denken – lokal handeln! Das ist unser Motto.

Wir setzen uns dafür ein, dass mehr sozialer Wohnraum geschaffen wird und die Mietpreise sinken.

Wir fordern, dass Kunst, Kultur und Bildung integrativ und inklusiv gestaltet werden und auch für ärmere Menschen und Menschen aller Altersgruppen verfügbar sind.

Wir möchten ein gutes Leben für alle Menschen in Friedberg ermöglichen, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Einkommen, ihrer Herkunft oder ihres Geschlechts.

Wir möchten das Leben in Friedberg nachhaltig und fair gestalten.

Wir wollen die Demokratie stärken und Gleichberechtigung verwirklichen.

Wir streben eine zukunftsfähige Stadtentwicklung an, bei der Rücksicht auf soziale und ökologische Themen genommen wird.

Helfen Sie uns dabei, Friedberg zu einem sozialen, ökologischen und demokratischen Vorbild für andere Städte in ganz Deutschland zu machen.

Wir freuen uns über Ihre Stimme bei der Kommunalwahl!

Ihr Ortsvorstand,
Lena Binsack, Anja EIfechtali und Sven Weiberg.

1. Soziale Sicherung und Lebenschancen für alle

1.1 Wohnraum

Wohnen muss bezahlbar sein – Mehr Wohnraumförderung in Friedberg

Nicht nur in den Großstädten steigen die Mieten. Auch in Friedberg stellt der Mietenwahn viele Menschen vor existenzielle Probleme. Wer in hier eine Wohnung sucht, kann froh sein für 8 € Kaltmiete je qm etwas Passendes zu finden. Oft liegt der Mietpreis in Friedberg über diesem Satz. Für viele Menschen ist das nicht bezahlbar.

In Friedberg fehlen zur Zeit mindestens 400 Sozialwohnungen. Auch für Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen ist es immer schwerer, bezahlbare Wohnungen in Friedberg zu finden. Diesen Zustand werden wir nicht hinnehmen!

Es ist dringende Aufgabe der Stadt, bezahlbare Wohnungen für alle zu schaffen. Dazu muss der öffentliche Wohnungsbau deutlich ausgeweitet werden. Es kann nicht sein, dass immer

neue Baugebiete entstehen, während die Anzahl der Sozialwohnungen in Friedberg stetig sinkt. Wohnen ist ein Menschenrecht.

Für die Errichtung öffentlich geförderter Wohnungen gibt es zwei mögliche Förderprogramme: Das Landesprogramm zur sozialen Wohnraumförderung (klassische Sozialwohnungen) und das Friedberger Programm zur Wohnraumförderung, welches um 20 % höhere Einkommensgrenzen vorsieht als das Landesprogramm. Wir treten dafür an, einen Mix aus beiden Programmen zu nutzen, um der Wohnungsnot Herr zu werden. Dabei sehen wir sowohl die Friedberger Wohnungsbau als auch ortsansässige Genossenschaften, sowie öffentliche

Beispiel

"Will eine Familie mit zwei Kindern eine bedarfsgerechte Wohnung mit 90 m² für 8 Euro/m² anmieten, fällt zunächst ein Kaltmietzins von 720 Euro an. Bei vier Personen ist mit monatlichen Nebenkosten von wenigstens 250 Euro zu rechnen. Das ergibt fast 1000 Euro. Wir wissen, dass im Durchschnitt ein*e Mieter*in ca. ein Drittel des Nettoeinkommens für Miete und Nebenkosten aufbringen muss. Das bedeutet, es sind ca. 3000 Euro netto notwendig, was einem Bruttoeinkommen von ca. 4400 Euro entspricht, um mit dem restlichen Einkommen den Lebensunterhalt zu bestreiten."
(Quelle: Mieterbund Friedberg)

Träger anderer Städte als gute Partner zum Bau der Wohnungen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Pro Jahr sollen in Friedberg mindestens 50 zusätzliche Sozialwohnungen entstehen. Dies gilt, solange der Bedarf nach Sozialwohnungen größer ist als das Angebot.
- Die Stadt soll jährlich einen einfachen Mietspiegel für Friedberg ermitteln und auf der Internetseite vollständig veröffentlichen.
- Die Stadt soll jährlich veröffentlichen, wie viele Haushalte in Friedberg einen Wohnberechtigungsschein haben und wie viele Sozialwohnungen dem gegenüber bei öffentlichen Trägern verfügbar sind.
- Bei jedem Bebauungsplan mit Wohnbebauung soll dargelegt werden, wie sich dieser auf den Mietwohnungsmarkt in Friedberg auswirkt und wie dem Ziel, ausreichend Wohnraum für alle zu schaffen, damit gedient ist.
- Bei neuen Baugebieten und bei der Entwicklung der Kaserne sind mindestens 30 % der Wohneinheiten als geförderte Mietwohnungen zu realisieren. Bei einer Entwicklung mit privaten Investoren ist dies durch städtebauliche Verträge sicherzustellen.
- Öffentliche, genossenschaftliche oder gemeinnützige Träger, die Interesse an der Entwicklung von geförderten Wohnungen haben, werden von der Stadt im Rahmen einer Projektvergabe finanziell unterstützt, z.B. durch Zuschüsse oder reduzierte Baulandpreise.
- Eine Ghettoisierung von Geflüchteten, Migrant*innen und einkommensschwachen Einwohner*innen muss verhindert werden. Geförderte Wohnungen sollen in integrierter Lage als Teil eines Bebauungskonzepts entstehen.
- Brachliegende Flächen im innerstädtischen Bereich, die zur Wohnbebauung geeignet sind, dürfen nicht hingenommen werden. Kommen die Eigentümer*innen solcher Grundstücke ihrer Sozialverpflichtung gem. § 14 Abs 2 des GG nicht nach, so ist seitens der Stadt eine Enteignung durchzuführen.

1.2 Der Friedberg Sozialpass

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle!

Viele einkommensschwache Haushalte und Einzelpersonen sind von weiten Teilen des öffentlichen Lebens abgeschnitten. Der Besuch eines Museums, eines großen Sport- oder Kulturereignisses oder auch die Fahrkarte, um Freunde und Bekannte besuchen zu können, sind oft nicht bezahlbar. Um auch diesen Menschen eine Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen muss ein Sozialpass auch für Friedberg eingeführt werden.

Steigende Energiepreise stellen für Haushalte mit geringen Einkommen ein massives Problem dar. Hier müssen die Stadtwerke als Gaslieferant entsprechende Hilfen anbieten.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Einführung eines Sozialpasses (Vergünstigung bei öffentlichen Einrichtungen) für Personen mit geringem Einkommen. Der Sozialpass wird diesen Personen kostenlos zur Verfügung gestellt. Er soll die kostenfreie Nutzung des ÖPNV in Friedberg sowie deutliche Ermäßigungen beim Besuch von Museen, Schwimmbädern, Sportveranstaltungen und städtischen Bildungsangeboten umfassen.
- Die Friedberger Stadtwerke und die OVAG müssen für einkommensschwache Haushalte einen vergünstigten Gas- und Stromtarif anbieten. Dieser soll auf ein Kontingent beschränkt bleiben, das der üblichen Verbrauchsmenge entspricht.

1.3 Kindertagesstätten

Leistungsfähige Kindertagesstätten - Investition in die Zukunft

Friedberg leistet mit seinen 12 Kindertagesstätten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der jüngsten Bürger*innen Friedbergs. Wir wollen, dass möglichst viele Eltern in den Genuss dieser kommunalen Leistung kommen. Hierzu ist vor allem finanzschwachen und berufstätigen Eltern ein besseres Angebot zu machen.

Den Ausbau der Betreuung für unter 3-Jährige in städtischen Kitas wollen wir weiter vorantreiben. Die Betreuung für Kinder vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr stellt eine elementare Pflichtleistung der Stadt dar und muss flächendeckend und ganztags für alle Eltern verfügbar sein.

Die Öffnungszeiten der städtischen Kitas erlauben Eltern leider nicht die Aufnahme einer Ganztagsbeschäftigung. Die auf Antrag der Linke. Friedberg erfolgte Ausweitung der Betreuungszeiten war zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Aber solange die 30 Stunden-Woche nicht für alle verbindlich gilt, müssen die Öffnungszeiten der Kitas weiter ausgeweitet werden. Sonst werden viele Elternteile, vor allem Frauen, in ungewollte Teilzeitbeschäftigung gedrängt.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Wir streben an, die Gebührensatzung für die Kindertagesstätten so zu gestalten, dass einkommensschwache Familien auch in der U3 Betreuung von Gebührenerhebungen ausgenommen sind. Für diese Familien muss es einen Zuschuss für Essen und Pflegemittel geben. Längerfristig treten wir dafür ein, die städtischen Kindertagesstätten vom ersten Jahr an für alle gebührenfrei zu gestalten.
- Für die U3 Betreuung und Zeiten, in denen Kita-Beiträge zu zahlen sind, wollen wir nach Einkommen progressiv gestaffelte Beiträge einführen.

- Die Öffnungszeiten der Kitas müssen weiter ausgebaut werden, um der zunehmend geforderten Flexibilisierung für berufstätige Eltern gerecht zu werden. Die Möglichkeit einer durchgängigen Betreuung in der Zeit zwischen 6:30 und 19:00 Uhr ist zumindest in ausgewählten Kitas zu gewährleisten.
- Die Förderung der Kitas von freien und sonstigen Trägern wollen wir davon abhängig machen, ob diese einen Sozialtarif in Ihrer Gebührenordnung verankert haben. Für Einrichtungen ohne Einkommensstaffelung bei den Gebühren soll es keine städtischen Zuschüsse geben.
- Eine Förderung von Schulen in freier Trägerschaft lehnen wir ab.
- Wir setzen uns dafür ein, die Betreuung vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr in städtischen Einrichtungen mit hohem Qualitätsstandard bereit zu stellen. Eine offene Ausschreibung von Kindertagesstätten lehnen wir ab. Wir halten dies aus Gründen der Qualitätssicherung und der Arbeitsbedingungen für nicht vertretbar.

1.4 Barrierefreiheit

Menschen mit Behinderungen: Respekt und Förderung für Benachteiligte

Menschen, die mit Behinderungen leben, oft von Geburt an, haben das Recht auf Unterstützung der Gemeinschaft. Hier stehen vor allem die Kommunen in der Pflicht, weil dort die Bewältigung des Alltags stattfindet. Viele können nicht oder nur eingeschränkt für den eigenen Lebensunterhalt sorgen.

Betroffene haben das Recht auf Förderung: Sie müssen finanziell abgesichert sein. Sie brauchen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsmitteln, Verkehrswegen, ihren Wohnungen, ihrem Lebensumfeld sowie schulischen, beruflichen und medizinischen Fördereinrichtungen. Sie benötigen vor allem Akzeptanz und Solidarität für ein möglichst selbstbestimmtes Leben ohne Diskriminierung und Bevormundung. Die Forderungen der Leistungsgesellschaft dürfen keinesfalls Maßstab sein, insbesondere für nicht arbeitsfähige Menschen mit Behinderungen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Finanzielle Sicherung und Versorgungsansprüche für die Betroffenen durch die Kommunen und den Kreis
- Der Pflegegrundsatz „ambulant vor stationär“ ist nach den Interessen der Betroffenen zu gestalten und darf nicht zu Lasten derjenigen gehen, bei denen eine stationäre Unterbringung unvermeidbar geworden ist. Aufgrund ambulanten Pflege darf keine Isolation entstehen.
- „Betreutes Wohnen“ kann für viele Betroffene eine Alternative sein, jedoch mit dem Ziel verbesserter Lebensqualität, nicht im Rahmen eines Sparaktes.
- Kein Wettrennen der Pflegedienste um die niedrigsten Pflegesätze zu Lasten der Betroffenen. D.h., Leistungs- und Kostenkontrolle müssen unter humanen Grundsätzen gewährleistet sein. Das Verhältnis von Qualität und Quantität in der Betreuung muss stimmen.
- Friedberg soll „barrierefrei“ werden, um Mobilität zu erleichtern und zu gewährleisten. Hierfür soll ein umfangreiches Blindenleitsystem eingeführt und an Straßenübergängen Bordsteinabsenkungen vorgenommen werden.

- Auch die Friedberger Spielplätze, insbesondere die Seewiese, sollen barrierefreier und inklusiver werden, beispielsweise durch die Errichtung von Rollstuhlschaukeln.
- Wir fordern deutlich ermäßigte Eintrittspreise (siehe 1.2) für Schwerbehinderte bei kulturellen Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen (Museen, Schwimmbäder, etc.)
- Freie Fahrt für Schwerbehinderte bei Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel in Friedberg. Der ÖPNV muss hierfür komplett barrierefrei sein. Längerfristig soll ein für alle Menschen kostenloser ÖPNV eingeführt werden (siehe 2.2)
- Einrichtung eines Behindertenbeirates in Friedberg.
- Wir fordern stärkere Kontrollen der „Behindertenquote“ bei den in Friedberg ansässigen Firmen. Solche, die diese Quote nicht erfüllen, sollen deutlich höhere Abgaben zahlen. Es kann nicht sein, dass gerade Großunternehmen sich aus der Portokasse von Ihrer sozialen Verpflichtung freikaufen können.
- Treffpunkte und Angebote zur kulturellen Inklusion, wie z.B. die Handicap-Disco sollen gefördert werden.
- In stationären Wohneinrichtungen muss Barrierefreiheit gewährleistet sein. Dies ist leider nicht immer der Fall (s. z.B. Herbert-Rüfer-Haus, Bismarckstraße 20).
- Unterstützung/Förderung alternativer Wohnkonzepte für Menschen mit Pflege-/Betreuungsbedarf (Mehrgenerationenhaus, WGs für Senioren und Behinderte mit Menschen ohne Betreuungsbedarf z.B. Studenten etc.)
- Kulturstätten und Veranstaltungen müssen alle barrierefrei und rollstuhlgerecht sein (Vermeidung von Schwellen und Treppen, Verfügbarkeit eines Rollstuhl-WCs). Dies zu gewährleisten wäre eine der Aufgaben des Behindertenbeauftragten.
- Barrierefreiheit in Friedberger Geschäften und Gastronomien.
- Speisekarten in leichter Sprache, bebildert und in Blindenschrift.
- Website der Stadt in leichter Sprache.

1.5 Senioren

Selbstbestimmtes Leben im Alter: Senioren als Gewinn für die Gesellschaft

Der wachsende Anteil alter Menschen in der Gesamtbevölkerung wird zunehmend als Vorwand genutzt, um die Leistungen der Alterssicherung abzubauen und zu privatisieren. Aufgrund dieser Kürzungen wird es in Zukunft immer stärker zu Altersarmut kommen. Insbesondere Frauen sind aufgrund ihrer Biografie (Kindererziehung, Pfl egetätigkeiten in der Familie, Halbtagsstätigkeiten, Arbeitslosigkeit etc.) von den Kürzungen betroffen. Für viele werden die Renten bereits in naher Zukunft nicht einmal mehr die Grundbedürfnisse befriedigen. Männer arbeiten häufiger in Vollzeit, Frauen häufiger in Teilzeit. Für Frauen ergeben sich dadurch starke wirtschaftliche Nachteile, besonders für Alleinerziehende. Die daraus resultierenden niedrigeren Einkommen über den Lebensverlauf führen zu niedrigerer eigenständiger Altersversorgung. Eine partnerschaftliche Teilung der Betreuungsarbeit kann daher eine Voraussetzung für gleichberechtigte Chancen von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt sein.

Durch Entlassungen und so genannte „sozialverträgliche“ Lösungen werden viele ältere Arbeitnehmer*innen auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Arbeitsleben verdrängt. In vielen

Unternehmen findet sich kein über 50jähriger mehr. Gleichzeitig wird das Rentenalter auf 67 Jahre heraufgesetzt, um bei vorzeitigem Rentenbeginn die Alterssicherung weiter abzubauen. In vielen gesellschaftlichen Bereichen werden ältere Menschen ausgegrenzt und nur als Kostenfaktor betrachtet. Dabei wäre die Förderung aktiver und selbstbewusster Senior*innen ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Stärkung der Arbeit des Seniorenbeirats durch Direktwahl, nicht durch Benennung der Mitglieder
- Schaffung von bezahlbaren Alten- und behindertengerechten Wohnungen durch die Stadt Friedberg bzw. der Friedberg Wohnungsbau GmbH. Aufbau und Stärkung von Angeboten und Einrichtungen in den verschiedenen Orten. Selbständigkeit ist Vorrang vor anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu geben
- Einführung eines Sozialpasses (vgl. Abschnitt 2.2), abhängig von der Rentenhöhe, damit Senioren am kulturellen Leben teilnehmen können und der Vereinsamung vorgebeugt wird.
- Neue Arbeitszeitmodelle mit flexibilisierten und differenzierten Angeboten, die dem demographischen Wandel Rechnung tragen, wie beispielsweise: Installierung von Lebens-Arbeitszeitkonten, gleitender Übergang in den zweiten Lebensabschnitt, Rente über mehrere Jahre, Erhöhung der Zuverdienstgrenzen bei vorzeitiger Rente.
- Erhalt der gesetzlichen Rentenversicherung auf Grundlage des Umlageverfahrens. Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung
- Förderung der Errichtung von Mehrgenerationenhäusern, auch durch die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft.

Die Lebensleistung der älteren Generation muss respektiert werden. Jegliche Diskriminierung aus Altersgründen muss unterbleiben. Die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotential müssen gefördert und genutzt werden.

1.6 Asylrecht

Asyl ist ein Menschenrecht – Friedberg als sicherer Hafen

Krieg und Konflikte haben die Lebensgrundlage von Millionen Menschen zerstört. In ehemals funktionierenden Städten breiten sich Leid und Elend aus. Den nächsten Tag zu überleben, wieder etwas zu Essen zu haben und ein Dach über dem Kopf ist keine Selbstverständlichkeit, sondern reine Glückssache.

Die Bundesrepublik und die europäische Union beteiligen sich direkt und indirekt an vielen internationalen Konflikten. Oft tragen Sie Mitverantwortung für die Zerstörung der Lebensgrundlagen in anderen Regionen der Erde. Trotzdem werden Geflüchtete in Europa bekämpft.

Die europäische Flüchtlingspolitik ist auf Abschottung und Ausgrenzung ausgerichtet. Sie verantwortet direkt den willentlichen Tod tausender Menschen. Die Situation an den Außengrenzen Europas verstößt gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Sie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wir wollen, dass die Stadt Friedberg eine kleine Insel der Menschlichkeit in diesem Meer der Barbarei ist.

Geflüchtete tragen nicht die Verantwortung für globale Fluchtursachen. Sie versuchen nur ihr Leben und, sofern noch möglich, das Leben ihrer Familien zu retten. Dabei werden sie von ehrenamtlichen Kräften wie dem *internationalen Zentrum* und dem *runden Tisch für Flüchtlinge* unterstützt. Die Stadt sollte diese ehrenamtliche Arbeit nach Kräften unterstützen und wo geboten durch eigene Leistungen ergänzen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Die Stadt Friedberg tritt dem Bündnis Seebrücke – sichere Häfen in vollem Umfang bei und unterstützt die politische Arbeit der Organisation.
- Die Stadt Friedberg erklärt sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit. Dabei wird die Kooperation mit dem Kreis als Träger der Flüchtlingshilfe gesucht.
- Für Geflüchtete ist ausreichend Wohnraum in erschlossener Lage zu schaffen. Eine Unterbringung in Wohncontainer und/oder außerhalb entwickelter Wohngebiete ist zu vermeiden.
- Die Stadt Friedberg unterstützt Geflüchtete bei der Integration in eine neue Gesellschaft.
- Die ehrenamtliche Arbeit des *runden Tisches* soll von der Stadt deutlich stärker unterstützt werden. Dem *runden Tisch* sollen bei Bedarf Räume, Infrastruktur und Mittel bereitgestellt werden.
- Der angestrebte Friedberg Sozialpass soll natürlich auch für Geflüchtete gelten.

2. Umweltschutz

2.1. Wasser und Energie

Arbeit statt Verschwendung: Zukunftsfähiger Umgang mit Wasser und Energie

Die Stadt Friedberg ist mit Ihrer Verwaltung, ihren Kindergärten und Bürgerhäusern ein großer Energieverbraucher. Sparsamer Umgang mit Energie hat aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen eine herausragende Bedeutung.

Wir streben an, weitere Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Friedberg zu errichten. Der Wald auf dem Winterstein leidet massiv unter den Folgen der Klimakatastrophe. Dies ist für jeden ersichtlich. Die Planungen für einen Windpark am Winterstein sind deshalb voranzutreiben. Wir wollen, dass die Stadt bzw. die Stadtwerke diese Projekte durchführen, evtl. mit Hilfe erfahrener Partner*innen. Ist dies nicht möglich oder sinnvoll, so soll eine hohe Beteiligung der Stadt Friedberg bzw. der Stadtwerke an dem Projekt erreicht werden. Es ist nicht ersichtlich, warum der Gewinn einer solchen Einrichtung in die Hände anderer Institutionen fließen soll.

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1. Es ist schon fast kriminell, wie wir mit unserem Trinkwasser umgehen. Anstatt das Wasser zu trinken, spülen wir damit unsere Fäkalien weg. Es ist höchste Zeit, dass wir Oberflächenwasser dafür benutzen. Wir lehnen ab, dass der Wasserbedarf in Friedberg zu Lasten von Mensch und Natur im Vogelsberg gehen.

Nach Ansicht vieler Wissenschaftler*innen haben wir weltweit den Punkt der höchsten täglichen Erdölfördermenge schon lange überschritten. Öl und die daraus gewonnenen

Raffinerieprodukte sind als Wärmelieferanten und Treibstoffe Auslaufmodelle. Ein möglichst sparsamer Umgang mit fossilen Brennstoffen und ein rechtzeitiger Umstieg auf Alternativen kommen daher nicht nur dem Weltklima zugute, sondern bewahrt uns auch vor einem Energiekollaps. Hier muss die Stadt Friedberg mit gutem Beispiel vorangehen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Ein Energiemanagement, welches den Energieverbrauch erfasst, überwacht, Energiesanierungskonzepte erstellt und durchführt
- Passiv- oder Nullenergiebauweise bei Neubauten der Stadt.
- Energieeinsparung heißt weniger Kraftwerke und mehr für die Natur. Eine Analyse des Stromverbrauchs in den einzelnen Haushalten ist durchzuführen.
- Photovoltaik und Solarthermische Anlagen müssen gefördert werden. Denkmalgeschützte Bauten können ausgenommen werden.
- Wärmerückgewinnungsanlagen sollen gefördert werden.
- Weitere Blockheizkraftwerke sollen in Friedberg errichtet werden.
- Wärmetauscher für das Brauchwasser werden gefördert.
- Die Förderung regenerativer Energiegewinnung soll ein Schwerpunkt in Friedberg sein. Dies schließt neben Photovoltaik vor allem die Errichtung von Windkraftträdern auf Friedberger Gemarkung ein. Belange des Naturschutzes sind dabei zu berücksichtigen.
- Auf dem Winterstein soll ein interkommunaler Windpark entstehen. Die Potenziale die dieser Standort bietet, sollen dabei so weit wie möglich genutzt werden. Einen Alibi-Windpark, der nur aus 3 Anlagen besteht, lehnen wir ab.
- Wir streben an, weitere Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Friedberg und durch die Stadt bzw. einen stadteigenen Betrieb zu errichten. Dazu sollen alle im regionalen Flächennutzungsplan eingetragenen Standorte maximal genutzt werden.
- Der Austausch von Elektroherden und Durchlauferhitzern durch Gasgeräte ist anzustreben.
- Regenwasseranlagen und Rückhaltespeicher in Privathaushalten sind zu fördern.

Ein sparsamer Umgang mit Energie und Wasser durch Investitionen in Einsparung hat folgende Vorteile: Er ist langfristig wirtschaftlich, er ist umweltverträglich und er schafft Arbeit.

2.2 Mobilität

Mobilität für alle Bürger*innen

Verkehr ist in Deutschland für ein Fünftel des Treibhausgases CO₂ verantwortlich. Es ist der einzige Bereich, in dem der Ausstoß von Treibhausgasen steigt. Gemäß dem Motto „Global denken – lokal handeln“ sollte sich eine zukunftsfähige, kommunale Verkehrspolitik daher unter anderem stark an der Reduzierung der Treibhausgasemissionen orientieren.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Frage der Verfügbarkeit von Mobilität. Zur Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben ist Mobilität unabdingbar. Die Arbeitsstelle (sofern man eine hat), die Schule oder Hochschule, die Diskothek, das Kino, das Theater, die Geburtstagsfeier einer Freundin oder das Training des Volleyballvereins sind Orte, die in der Regel nicht fußläufig zu erreichen sind. Im Moment ist unsere Gesellschaft gespalten in Menschen, die über ein Auto verfügen, und solche, die dies aus den unterschiedlichsten Gründen nicht tun (Geld, Alter, Krankheit, etc.). Erstere Gruppe hat mit dem Erreichen der genannten Orte in der

Regel kein Problem, für zweite Gruppe gestaltet sich das zuweilen sehr schwierig. Ziel unserer Kommunalpolitik ist es, allen eine möglichst hohe Mobilität und somit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Die gegenwärtige Konzentration auf den Individualverkehr ist da kontraproduktiv und muss umgekehrt werden. Die Förderung öffentlichen Personenverkehrs steht – neben dem Rad- und Fußverkehr - im Mittelpunkt unserer Verkehrspolitik. Dabei sind wir, obwohl Friedberg in einem Ballungsgebiet liegt, von einer auch nur ausreichenden Versorgung weit entfernt.

Friedberg ist mit 3 Bundesstraßen und mehreren Bahnlinien ein zentraler Verkehrsknotenpunkt in der Region. Dies steigert die Attraktivität für den Standort, geht aber auch zum Teil auch mit zusätzlichen Belastungen z.B. durch Lärm- und Schadstoffemissionen einher. Hier gilt: Verkehrsvermeidung ist langfristig günstiger und sinnvoller als Verlagerung der Emissionsquellen. Die durch eine Verlagerung des Verkehrs entstandenen Entlastungen reichen dagegen oft nur solange, bis die Siedlungen wieder an die neuen Straßen herangewachsen sind. Dann geht das ganze Spiel von vorne los...

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Ein integraler Fahrplan mit 15-Minuten-Takt für alle Linien (Bus und Bahn) tagsüber, mit Intervallen von 30 Minuten in den Abendstunden und 1 Stunde in den Nachtstunden (zwischen 12 und 6 Uhr) gewährt eine Grundmobilität für alle. Das Bus- und Bahnnetz soll dabei so ausgebaut werden, dass die nächste Bushaltestelle in der Regel nicht weiter als 500 m entfernt ist.
- ÖPNV zum Nulltarif. Da der Finanzierungsanteil aus den Fahrkarten meistens unter 50 % der Gesamtkosten liegt, ist dies finanziell leistbar. Zur Gegenfinanzierung können Einsparungen durch den Verzicht auf die Fahrkostenerhebung (keine Automaten, keine Kontrolleur*innen, etc.) sowie die Parkraumbewirtschaftung herangezogen werden.
- Schnellstmöglicher viergleisiger Ausbau der Main-Weser-Line zwischen Bad Vilbel und Friedberg. Damit verbunden die Einführung eines 15 Minuten-Taktes der S6 bis nach Friedberg.
- Unterstützung des Auf- und Ausbaus von Car-Sharing-Stützpunkten in Friedberg.
- Einführung eines Fifty-Fifty-Taxis. Mit diesem Angebot können Jugendliche am Wochenende zum halben Preis Taxen nutzen. Das Programm soll dabei unbürokratisch umgesetzt werden.
- Eine zukunftsfähige Stadt- und Verkehrsplanung, die Wege reduziert und Entwicklungen dort fördert, wo ein attraktives ÖPNV-Angebot besteht.
- Ein Nachtfahrverbot für LKW in allen Friedberger Ortsdurchfahrten, auch auf der Friedberger Kaiserstraße.
- Jeder Straßenneubau in Friedberg ist kritisch zu prüfen. Allgemein gilt dabei der Grundsatz: Verkehr vermeiden ist besser als Verkehr verlagern.
- Schnellstmögliche Lückenschließung im Friedberger Radwegenetz. Sofortiger Bau eines durchgängigen Radweges auf der Kaiserstraße. Wo immer möglich muss es baulich getrennte Radwege geben, um Sicherheit und Komfort für den Radverkehr zu ermöglichen. Wo nötig, ist dabei der Platz für Parkplätze und Autoverkehr zu reduzieren.
- Förderung des Baus eines Radschnellweges nach Frankfurt und benachbarten Gemeinden.

- Prüfung des Baus einer Seilbahn im Rahmen der Achse Kasernengelände, Bahnhof, Kaiserstraße.

2.3 Ökologische Stadtgestaltung

Wir möchten Friedberg ökologisch und fair gestalten. Neben den Aspekten wie Mobilität oder Einzelhandel kann auch die allgemeine Stadtgestaltung in dieser Hinsicht weiterentwickelt werden. Dazu gehören Grünflächen, autofreie Zonen und die Errichtung Co2-neutraler Viertel.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Wir unterstützen den Versuch, die Kaiserstraße für mehrere Wochen zu einer Fußgängerzone umzufunktionieren. Sollte dieser Versuch glücken, kann langfristig angestrebt werden, die Kaiserstraße vom Autoverkehr zu befreien.
- Wir streben (unabhängig davon) eine deutliche Verkehrsberuhigung auf der Kaiserstraße an. Die Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen und Radfahrende muss deutlich verbessert werden. Der motorisierte Verkehr ist dazu einzuschränken. Dazu sind Maßnahmen, wie z.B. Kreisel, Drempel, Schikanen oder Gemeinschaftsstraßen zu prüfen.
- Flächenversiegelungen sind auf das absolut notwendige Minimum zu reduzieren. Entwicklungen sollen primär im bereits bebauten Bereich stattfinden. Insgesamt kann die Bebauungsdichte erhöht werden.
- Wir wollen deutlich mehr Bäume und Grünflächen im Stadtgebiet. Dies dient Verbesserung des Stadtklimas.
- Wir fordern die Errichtung sogenannter „Tiny Forests“. In abgegrenzten Bereichen sollen kleine Waldökosysteme entstehen.
- Vegetationslose Steingärten bzw. Steinwüsten müssen verboten werden. Sie sind eine Katastrophe für das Stadtklima. Die Stadt muss Anreize schaffen zur Renaturierung der Vorgärten.
- Das Kasernengelände sowie alle neu erschlossenen Wohngebiete sollen bei Bebauung mindestens ein Co2-neutrales Viertel werden.

2.4 Landwirtschaft

Für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaft

Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume soll regionale Wertschöpfung befördern, existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen, Klima und Ressourcen schützen und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung wirken.

DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Eine unsere Lebensgrundlagen zerstörende Landwirtschaft darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Lebensmittel müssen sozialer und umweltschonender produziert und faire Erzeugerpreise garantiert werden. Dazu müssen alle erbrachten ökologischen Leistungen, wie Grundwasserschutz, Schutz der biologischen Vielfalt und Klimaschutz von der Gemeinschaft honoriert werden.

Der Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat oder Neonicotinoiden hat einen großen Anteil an der ökologischen Katastrophe des Insektensterbens. Mit jeder Pflanzenart, die auf dem Acker verschwindet, entziehen wir weiteren Insektenarten die Nahrungsgrundlage und zerstören Ökosysteme.

Rund ein Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus Landwirtschaft und Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn weniger tierische Produkte hergestellt werden, können die Klimaziele erreicht werden. Rechnet man den konventionell erzeugten Lebensmitteln die Kosten für die Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden Umweltschäden zu (z.B. Klimakosten, Grundwasserschäden, Bodendegradation, Hochwasserschutz u.a.), sind ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger als konventionelle.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Die soziale Situation der Landwirte ist zu schützen, z.B. durch eine Verbesserung der Alterssicherung der Landwirt*innen und deren Einbindung in die gesetzliche Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der großen Agrarkonzerne geschützt werden. Wir erwarten, dass sich dafür die Kreispolitiker*innen der in Berlin regierenden Parteien stark machen.
- DIE LINKE will öffentliche Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen binden und komplett transparent machen. Fördermittel müssen künftig nicht nur an ökologische, sondern auch an soziale Kriterien gebunden werden.
- Der Ökolandbau soll besser gefördert und ausgebaut werden. Der Wetteraukreis hat zaghafte damit begonnen, diese Entwicklung zu fördern. Wir unterstützen weitere Anstrengungen in diese Richtung.
- Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte sollte öffentlich gefördert werden. Das könnten sein: Schulessen aus regionalem Anbau; Gastronomie/Kantinen in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Senioren- und Gesundheitseinrichtungen bei der Verwertung regionaler Produkte unterstützen; Bauernmärkte subventionieren.
- DIE LINKE will keine Massentierhaltung in Tierfabriken. Es muss regelmäßig kontrolliert werden, dass die gesetzlichen Vorschriften in Mastbetrieben, beim Transport sowie bei der Schlachtung eingehalten werden. Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft ist zwingend auf notwendige Behandlungen zu begrenzen.
- Die Produktion von Lebensmitteln muss Vorrang vor der Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung haben - aber auch vor der Gewinnung von Treibstoffen.

2.5 Fair einkaufen

Fair einkaufen und gezielt fördern. Verantwortung als Auftraggeber wahrnehmen.

Die Stadt Friedberg tritt auch als umsatzstarker Einkäufer auf. Wir wollen, dass die Stadt bei Ausschreiben und Einkäufen für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit eintritt.

Die gegenwärtige Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung dazu ist vollkommen unverbindlich. Hier wollen wir nachbesseren und verbindliche Vergabekriterien schaffen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Bei der Vergabe kommunaler Aufträge und beim Einkauf der Stadt Friedberg sind soziale und ökologische Kriterien besonders zu berücksichtigen. Hierzu sind verbindliche Mindeststandards in jeder öffentlichen Ausschreibung festzuhalten. Bei allen Ausschreibungen muss der Anbieter überprüfbar nachweisen, dass bei Erbringung der Leistung ein Stundenlohn von mindestens 12 € gezahlt wird.

- Beim Einkauf von Produkten ist sicherzustellen, dass bei der Produktion die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organisation) eingehalten wurden. Im Zweifel sind Produkte vorzuziehen, die über entsprechende Zertifikate verfügen. Nur so kann verhindert werden, dass mit dem Geld der Friedberger Bürger*innen Sklaverei und Kinderarbeit gefördert wird.
- Bei allen Bauvorhaben ist vertraglich sicherzustellen und intensiv zu überwachen, dass die örtlich geltenden Mindestlöhne eingehalten werden. Die Beauftragung von Subunternehmen bei kommunalen Aufträgen ist auszuschließen.
- Nach der Auftrags erledigung müssen die Rechnungen durch die kommunalen Auftraggeber*innen unverzüglich bezahlt werden.

3. Demokratie und Kultur – Bürger*innen beteiligen!

3.1. Transparente Gremien

Mitgestalten statt „verwaltet werden“

Die Abgeordneten der Partei DIE LINKE werden ihre Möglichkeiten nutzen, Vorgänge in Gemeindevertretung und Verwaltung öffentlich und für die Bürger*innen transparent zu machen. Das bedeutet insbesondere, wichtige Angelegenheiten zum Thema von Bürger*innenversammlungen zu machen und unterschiedliche Standpunkte von Vertreter*innen oder Fraktionen klar und öffentlich darzulegen.

Die in geschlossenen Sitzungen zu behandelnden Punkte sind auf das absolut unumgängliche Mindestmaß zu reduzieren.

3.2. Vertreter*innen stärken

Gewählte Vertreter*innen stärken: Entmachtung der Stadtverordnetenversammlung verhindern

Wir werden uns allen Bestrebungen entgegenstellen, die zu einer Selbstentmachtung der Kommunalvertretungen führen können. Im Gegenteil: Der Einfluss der gewählten Kommunalvertreter*innen ist zu stärken. Die Kompetenzen geheimer Gremien wie z.B. kommunalen Aufsichtsräten sind zu reduzieren. Solche Gremien müssen einer demokratischen Kontrolle unterliegen.

Privatisierungspolitik bedeutet neben wirtschaftlichen und sozialen Nachteilen für die Bürger*innen, eine drastische Verminderung der Kontroll- und Einflussmöglichkeiten.

Bei Betrieben in kommunalem Besitz und bei Eigenbetrieben muss die Mitwirkung aller Fraktionen gesichert werden. Die Ziele und Schwerpunkte der Arbeit kommunaler GmbH müssen durch die Stadtverordnetenversammlung bestimmt werden. Nicht in geheimen Sitzungen des Aufsichtsrats. Dies betrifft insbesondere die städtische Wohnungsbau GmbH. Die Arbeit der kommunalen GmbH muss transparent gemacht werden.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – eine weitere Privatisierung ist abzulehnen

- Keine Privatisierung der Friedberger Stadthalle. Die Überführung der Stadthalle in eine privatrechtliche Organisationsform (GmbH, AG) lehnen wir aus Gründen der Transparenz und wegen der fehlenden Tarifbindung ab.
- Eine Rückumwandlung kommunaler Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) in kommunale Eigenbetriebe ist zu prüfen.
- Gestaltung der Gesellschaftsverträge der Kapitalgesellschaften in der Art, dass ein größtmöglicher Einfluss der kommunalen Anteilseigner gewährleistet wird
- Kommunale Vertreter*innen, welche eine Mandat in den Aufsichts- und Kontrollgremien kommunaler Unternehmen innehaben, müssen sich juristisch verbindlich zur Umsetzung von Beschlüssen der Kommunalparlamente verpflichten. So kann sichergestellt werden, dass die Entscheidungen transparent sind und im Sinne der Wähler*innen getroffen werden.
- Aufsichtsräte und Betriebskommissionen sollen auf eine Größe angepasst werden, mit der sie die demokratisch gewählte Kommunalvertretung widerspiegeln. Daraus folgt auch eine Erweiterung der Zweckverbandsversammlung des USA-Wellenbads, damit auch die kleineren Fraktionen aus Bad Nauheim und Friedberg dort vertreten sind.

Hintergrund: Privatisierung

Privatisierung heißt, die gesellschaftlichen Aufgaben dem Profitstreben unterzuordnen. Privatisierung bedeutet immer Demokratieabbau. Kommunalparlamente und Bürger*innen haben bei privatisierten Einrichtungen nur ein sehr eingeschränktes Mitspracherecht, denn betrieblicher Gewinn geht vor Bürger*inneninteressen.

3.3 Direkte Demokratie

Politik zum Anfassen: „Demokratie von unten“ ausbauen

Die oft beklagte „Politikverdrossenheit“ ist vielmehr eine Politiker*innenverdrossenheit, nicht selten durch die erfahrene Ohnmacht zwischen den Wahlen gestärkt. Wer politisch verantwortliche Bürger*innen will, muss ihnen entschieden mehr Möglichkeiten zur Einflussnahme durch direkte Demokratie geben.

Das in Friedberg durchgeführte ISEK (integriertes Stadtentwicklungskonzept) ist da ein erster positiver Schritt. Es ist jedoch wichtig, dass die Ergebnisse des Engagements in der realen Politik auch umgesetzt werden. Zusätzlich wollen wir die Möglichkeiten direkter Demokratie umfassen nutzen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Für wichtige Entscheidungen werden Bürgerentscheide durchgeführt.
- Es muss generell Pflicht bzw. alternativlose Praxis werden, dass mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld rechtzeitig mit der Öffentlichkeit entwickelt, beraten und entschieden werden.
- Wir treten für einen weiteren Ausbau der elektronischen Informations- und Kommunikationstechnik, sowie für mehr Zugangsmöglichkeiten in öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. dem Bibliothekszentrum Klosterbau, ein.
- Über die Folgen von kommunalen Entscheidungen sind Vertreter*innen der Betroffenen zu hören. Die Grundlagen des Datenschutzes sind dabei unbedingt zu befolgen.

- Gefordert ist eine neue Transparenz der öffentlichen Informationspolitik, bei der es nicht mehr im Ermessen von Politik und Verwaltung liegen kann, welche Informationen in welcher Form an die Bevölkerung gegeben werden und bei der die Partizipations- und Informationsbedürfnisse der Gesellschaft den einzigen Maßstab für das Informationsangebot und seine Gestaltung bilden.
- Direkte Bürger*innenbeteiligung in Haushaltsangelegenheiten. Gerade vor dem Hintergrund einer unzureichenden Finanzausstattung ist es umso wichtiger, die knappen zur Verfügung stehenden Mittel nach Entscheidung der Bürger*innen einzusetzen.
- Die Gebühren für Akteneinsichten sind so niedrig zu gestalten, dass sie auch für finanzschwache Bürger*innen und Gruppen keine Hürden darstellen. Einfache Akteneinsichten sind kostenlos anzubieten. Transparenz in den Entscheidungen ist eine Bringschuld einer demokratischen Verwaltung.
- Die Haushaltseckdaten des städtischen Haushaltes müssen transparent und nachvollziehbar im Internet veröffentlicht werden.

3.4 Bürger*innenhaushalt

Bürger*innenhaushalt einführen - Denn es ist unser Geld

Die Entscheidung über den Haushalt ist wohl die wichtigste Entscheidung einer kommunalen Vertretung. Ein Haushalt bestimmt darüber, nach welchen Kriterien die Finanzmittel verteilt werden. Eine demokratische Gesellschaft tut gut daran, die Bürger*innen an diesem Prozess zu beteiligen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Wir streben deshalb an, für den Haushalt Friedbergs einen Beteiligungshaushalt einzuführen. Die auf den Beteiligungsforen gefassten Entschlüsse und Empfehlungen sind Grundlage der Haushaltsberatung und sollen von der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt werden. Abweichungen von diesem Prinzip bedürfen der besonderen öffentlichen Begründung. Zur Vorbereitung soll zeitnah der Haushaltsentwurf in einer allgemeinverständlichen, zusammenfassenden Broschüre dargestellt und die Idee des Beteiligungshaushaltes verbreitet werden. Dieses soll durch erste Bürger*innenversammlungen und die Einrichtung zunächst noch beratender Foren unterstützt werden.

3.5 Kultur und Bildung

Fundament einer lebhaften und demokratischen Stadt

Friedberg verfügt über ein gutes Maß an kulturellem Leben. Die Veranstaltungen des Bündnis Friedberg hat's, das Copakabanoga Festival, das Kindermusikfestival, die Veranstaltungen des alten Hallenbads, die Arbeit der Volksbühne sowie weitere Großveranstaltungen z.B. in Zusammenarbeit mit der OVAG stellen wichtige Eckpfeiler dieses kulturellen Lebens dar, die es zu bewahren gilt. Ergänzungsbedarf besteht bei den Veranstaltungen, die einen wichtigen Bildungsauftrag erfüllen, aber nicht so massenträchtig sind, wie die hier angeführten.

Wir streben an, wieder ein jährliches Straßenfest in der Friedberger Altstadt durchzuführen. Dabei sind die Bewohner*innen der Altstadt an der Gestaltung zu beteiligen. Das Quartiersmanagement sollte dabei als Ansprechpartner dienen.

Zur Bereicherung des kulturellen Lebens streben wir auch eine Wiederbelebung des Burggartens als Veranstaltungsort an.

Das Gebäude des Wetterau-Museums wird den neuen Anforderungen des Brandschutzes nicht mehr gerecht. Grundsätzlich halten wir ein städtisches Museum für eine Schul- und Bildungsstadt wie Friedberg für wichtig. Aber wir wollen im Rahmen der baulichen Neugestaltung auch das aktuelle Konzept überprüfen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Wiedereinrichtung eines städtischen Kulturprogramms zur Wahrnehmung des kommunalen Bildungsauftrags.
- Durchführung eines Straßenfestes in der Friedberger Altstadt unter Einbeziehung der Anwohner.
- Wiederaufbau des Friedberger Burggartens als Veranstaltungsort. Es ist zu prüfen, ob eine Rücknahme der mit der Sanierung durchgeführten Veränderungen möglich und finanzierbar ist.
- Unterstützung des Friedberger Kulturrats, der die kulturellen Macher der Stadt Friedberg bündeln will.
- Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Nauheim, gemeinsames Elvis-Festival, gemeinsamer Veranstaltungskalender.
- Weiterer Ausbau des Bibliotheksentrums Klosterbau zum Medien- und Bildungszentrum. Dies schließt z.B. eine stärkere Konzentration auf die neuen Medien, sowie die verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz ein.
- Förderung der kostenlosen Internetnutzung für alle Einwohner*innen Friedbergs.
- Für das Wetterau-Museum streben wir eine moderne konzeptionelle Neuausrichtung an. Dies sollen die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung im Rahmen des ISEK als Eckpfeiler einer neuen Konzeption dienen
- Die Eintrittsgelder für den Besuch des Judenbads und des Wetterau-Museums wollen wir abschaffen.
- Einführung des Friedberg Sozialpasses, um kulturelle Teilhabe zu erleichtern (siehe 1.2)

3.6 Das Junity

Für ein starkes Junity – demokratische Jugendarbeit unterstützen

Wir unterstützen die breit aufgestellte, inklusive und integrative Jugendarbeit des Junitys. Wir schätzen den Beitrag, der hier zur demokratischen Bildung, zur (Jugend)-Kultur und nicht zuletzt zur Unterstützung vieler Individuen geleistet wird, sehr. Das Junity begleitet junge Menschen auf ihrem Weg der Selbstfindung und der Entwicklung zu selbstbewussten, reflektierten und engagierten demokratischen Bürger*innen. Diese Arbeit muss Wertschätzung erfahren, sowohl ideell als auch materiell. Wir setzen uns dafür ein, dass das Junity genügend finanzielle Ressourcen hat, um diese Arbeit auch weiterhin bestmöglich

leisten zu können. 10 Jahre nach seiner Eröffnung ist das Junity ein voller Erfolg. Wir möchten dafür sorgen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

3.7 Demokratie für Jugendliche

Jugend muss mitbestimmen: Demokratie lebt vom Mitmachen

Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist in der HGO (Hessische Gemeindeordnung) und der HKO (Hessische Landkreisordnung) in den §§ 4c, 8c und 8a festgeschrieben. Mit der Umsetzung dieses Zieles hapert es allerdings an vielen Stellen noch. In Friedberg gibt es keine formale Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Dabei ist es wichtig, dass gerade Kinder und Jugendliche unsere Gesellschaft möglichst früh als einen Ort demokratischer Mitbestimmung erleben. Die Einrichtung umfassender Mitbestimmungsmöglichkeiten bildet daher einen Schwerpunkt unserer Kommunalpolitik.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Für Kinder bis 12 Jahre streben wir die Einrichtung bzw. Ausweitung projektbezogener Mitbestimmung z.B. bei der Gestaltung von Spielplätzen an. Hier ist die Verwaltung gefordert, diesbezüglich ein tragfähiges pädagogisches Konzept vorzulegen und umzusetzen. Die Unterstützung von erfahrenen, landesweiten Teilnetzwerken wie der LAG Kinder- und Jugendbeteiligung sollte dabei in Anspruch genommen werden.
- Für Jugendliche und junge Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren soll die Einrichtung eines städtischen Jugendparlaments und eine*r Jugendbürgermeister*in vorgenommen werden. Die betreffende Person ist direkt oder vom Jugendparlament zu wählen. Das Parlament muss über eigene Mittel verfügen, sowie mit Antrags-, Rede- und Anfragerecht für alle jugendrelevanten Fragen in der Stadtverordnetenversammlung ausgestattet sein.
- Damit die Wahlen für diese Parlamente von den Jugendlichen angenommen werden, muss an den Stellen, an denen Jugendliche anzutreffen sind, dafür geworben werden. Dies betrifft die Schulen, Jugendclubs, Konzerte, etc.
- Des Weiteren fordern wir ein Vorschlags- und Rederecht für den Stadtjugendring in der Stadtverordnetenversammlung.

3.8 Gleichberechtigung

Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen – Gleichberechtigung realisieren

Auch in Friedberg sind Macht und Geld noch nicht gleich zwischen Frauen und Männern verteilt. Frauenpolitik wird herkömmlich nur im Rahmen der Familienpolitik betrachtet und behandelt. Hier sehen wir Handlungsbedarf. Wir sehen die Durchsetzung von Gleichberechtigung als Querschnittsaufgabe, die es in allen Politikbereichen zu befolgen gilt. Das aktive Hinwirken auf eine gleichberechtigte Gesellschaft sowie die Offenlegung und Beseitigung patriarchaler Strukturen stellen einen Kern unseres politischen Selbstverständnisses dar.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Konsequente Anwendung des Prinzips Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe bei der Umsetzung aller ökologischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben der Stadt. Dazu gehören:
- Anwendungsverpflichtungen und zielgruppenspezifische Workshops,
- die Besetzung von geschlechterquotierten Gremien,
- geschlechtergerechte Haushaltsführung in Friedberg,
- die Schaffung von Arbeitshilfen und entsprechenden Trainings für Führungskräfte,
- die Förderung von Kompetenz in Sachen Geschlechtergerechtigkeit für alle Beteiligte in Entscheidungsprozessen
- Förderung und Unterstützung der Organisationen vor Ort, die gegen jegliche Formen der Gewalt arbeiten und den von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen Beratung, Hilfen und Schutzräume bieten. Unterstützung des Fachpersonals bei der weiteren Sensibilisierung der Bevölkerung für die Brisanz und Wirkung dieser Gewaltstrukturen
- Stärkung der Funktion der Frauenbeauftragten als Beratungs- und Kontrollorgan sowie Förderung von emanzipatorischen Initiativen, Netzwerken und Projekten mit dem Ziel, insbesondere die Interessen und Rechte der Frauen und Mädchen zu stärken und durchzusetzen
- Durchsetzung gleicher Löhne für Männer und Frauen in der Friedberger Verwaltung, den kommunalen Gesellschaften und Eigenbetrieben und als Bedingung bei kommunalen Ausschreibungen.

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter auf allen Entscheidungsebenen, die Neubewertung gesellschaftlicher Aufgaben und damit der Arbeit und somit auch ein neues Vorgehen bei der Verteilung von Erwerbs-, Familien- und ehrenamtlicher Arbeit zwischen Frauen und Männern sind wichtige Bestandteile einer künftigen demokratischen Gesellschaft. Die praktische Umsetzung muss durch kommunalverantwortliche Politik unterstützt werden.

Für eine Akzeptanz aller Lebensweisen!

Wir stellen uns solidarisch mit LGBTIQ*-Menschen und ihrem Wunsch nach einem selbstbestimmten und diskriminierungsfreien Leben.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir die Einrichtung lokaler Beratungsstellen durch die Stadt. Diese sollen Anlaufstellen für queere Menschen, sowie ihr soziales Umfeld sein. Sie sollen der Schweigepflicht unterliegen und sowohl Informationsmaterial zur Verfügung stellen als auch fachlich kompetente Beratung anbieten, in welcher Diskriminierungserfahrungen aufgearbeitet werden können und Unterstützung für die Alltagsbewältigung gegeben werden kann.
- Wir fordern verpflichtende, fachgerechte Schulungen für Mitarbeiter*innen sämtlicher Einrichtungen und Behörden der Stadt, um einen sensibilisierten und respektvollen Umgang gewährleisten zu können. Dieser sollte ebenfalls in Bezug auf queere Schüler*innen thematisiert und umgesetzt werden.
- In allen öffentlichen Einrichtungen der Stadt, sollen (zusätzlich) geschlechtsneutrale Toiletten zur Verfügung gestellt werden.
- Die in der Gesellschaft vorherrschende, auf Klischees reduzierte und oft diskriminierende Wahrnehmung von queeren Menschen möchten wir überwinden. Hierfür ist Bildung ein essenzieller Punkt, ohne welchen keine gesellschaftliche

Veränderung herbeigeführt werden kann. Wir streben sowohl eine politische Thematisierung der Diskriminierung als auch eine erhöhte mediale und gesellschaftliche Repräsentanz von queeren Menschen an.

Gemeinsam für ein selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben aller Menschen! Für eine Akzeptanz aller Lebensweisen!

3.9 Antifaschismus

Faschismus aktiv entgegentreten

Rassistische und nationalistische Ressentiments finden in unserer Gesellschaft immer mehr Zuspruch, die Zahl rechtsextremer Gewalttaten steigt an. Diese Entwicklung macht auch vor Friedberg nicht halt. Neofaschistische Gruppen sind in und um Friedberg nach wie vor sehr aktiv und versuchen vermehrt den öffentlichen Raum für sich zu besetzen. Faschistische Parteien sind zunehmend erfolgreich.

Häufig begegnen uns ausländerfeindliche Äußerungen wie: „Die Fremden sind für die soziale Schieflage verantwortlich“ oder auch: „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“. Die Kampagnen etablierter Parteien gegen Asylbewerber*innen, die zunehmende Akzeptanz anti-islamischer und antisemitischer Hetze und die Beschimpfung von ALG II – Bezieher*innen als Parasiten sind Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen. Hier entsteht ein Klima, in dem Fremde, Arbeitslose, Behinderte, religiös und politisch Andersdenkende ausgegrenzt werden.

Es ist Aufgabe der Demokrat*innen, sich diesen Tendenzen mit aller Kraft entgegenzustellen. Wir werden nicht wegsehen, wenn Neonazis Ausländer*innen anpöbeln, nicht schweigen, wenn Politiker*innen – von welcher Partei auch immer - menschenfeindliche Ideologien in die Gesellschaft tragen wollen. Vor allem müssen wir unsere Jugend vor diesem unmenschlichen Geist der Rechten schützen. In der Vergangenheit haben breite gesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus zum Teil erfolgreich gegen die Vereinnahmung des öffentlichen Raums durch Nazis verhindert. An diese Erfahrungen wollen wir anknüpfen. DIE LINKE in Friedberg ist gewillt, sich weiterhin an allen Bündnissen und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu beteiligen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Die Stadt Friedberg erstellt mit den vielen Friedberger Schulen eine Analyse rechtsextremer Potentiale in der Schul- und Kreisstadt, um Vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen gezielt planen und durchführen zu können.
- Antirassistische und antifaschistische Initiativen, Veranstaltungen und Bildungsangebote sind von der Stadt zu unterstützen und zu fördern.
- Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Terror-Herrschaft an zentraler Stelle. Im Rahmen des Mahnmals sollen die Namen und Schicksale von betroffenen Friedberger*innen publik gemacht werden, soweit diese ermittelt werden können.
- Neofaschistische Aktivitäten, Veranstaltungen, Aufmärsche usw. sind mit allen rechtlichen Mitteln zu unterbinden. Wo dies nicht möglich ist, soll der*die Bürgermeister*in und die Stadtverordnetenversammlung öffentliche Protestbewegungen aktiv unterstützen.
- Aufstockung der Mittel zur Förderung der demokratischen Kultur auf mindestens 10.000€ im Jahr. Die Mittel sollen projektbezogen vergeben werden. Dabei sind klare

und nachvollziehbare Vergabekriterien zu schaffen, die von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden.

- Berücksichtigung antifaschistischer Bildungsthemen (Demokratie, Antirassismus, Gleichberechtigung) in den Bildungsangeboten der Stadt.
- Wiederaufnahme des Projekts Stolpersteine in Friedberg.

3.10 Migration

Soziale Integration statt kultureller Anpassung

Friedberg ist auch Wohnort und Lebensmittelpunkt vieler Menschen, die nicht über einen deutschen Pass verfügen. Sie haben einen festen Platz in Friedberg. Dies zu vermitteln und für eine soziale Integration der hier lebenden Minderheiten zu sorgen, ist eine zentrale Aufgabe einer solidarischen Kommunalpolitik. Zur Erreichung dieses Ziels wird es auf beiden Seiten dauerhafte Anstrengungen geben müssen, soll die Entwicklung von Parallelgesellschaften verhindert werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Integration leistet das Friedberger Quartiersmanagement im Fünf-Finger-Treff. Trotz mancher Unterbrechungen und organisatorischer Probleme konnte dadurch viel für die Lebensqualität der Menschen in der Altstadt erreicht werden. Wir wollen, dass das Quartiersmanagement ausgebaut und weiterhin langfristig gesichert wird.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Einrichtung eines interkulturellen Forums zum Dialog der Kulturen in Friedberg. Dies soll in Zusammenarbeit mit in dem Bereich arbeitenden Gruppierungen und Gremien wie dem Internationalen Zentrum e.V. und dem Ausländerbeirat geschehen.
- Beteiligung der Menschen mit anderem Hintergrund am kulturellen Leben in der Stadt. Die meisten Bewohner*innen der Friedberger Altstadt haben keinen deutschen Pass. Trotzdem findet Ihre kulturelle Identität keinen Platz in der Programmgestaltung des Friedberger Kulturkalenders. Dies ist zu ändern.
- Die Stadt Friedberg setzt sich mit ihrer ganzen Kraft dafür ein, Abschiebungen zu verhindern. Integration statt Abschiebung!
- Langjährig geduldete oder asylsuchende Menschen müssen ein Bleiberecht erhalten, das ihren Aufenthalt langfristig absichert und ihre Integration ermöglicht.
- Errichtung der Stelle einer*s Integrationsbeauftragte*n mit eigenem Budgets.
- Erhalt und Ausbau des Quartiersmanagements (Fünf-Finger-Treff) in Friedberg. Das Quartiersmanagement ist langfristig, auch über die Wahl hinaus finanziell abzusichern.

4. Zukunftsfähigkeit

4.1 Finanzen

Spielräume für öffentliche Investition schaffen – zukunftsfähig entscheiden

Die im Grundgesetz festgeschriebene kommunale Selbstverwaltung ist ohne eine entsprechende Finanzausstattung der Kommunen nicht realisierbar.

Doch die Finanzausstattung der Kommunen ist in Hessen unzureichend. Den Kommunen in Hessen werden immer mehr Aufgaben (z.B. in der Kinderbetreuung) zugewiesen. Das Ihnen zugewiesene Geld wächst aber nicht mit den Aufgaben.

Die Kommunen tragen 60 % aller öffentlichen Investition. Dennoch werden Sie immer weiter ausgehöhlt. Viel Kommunen sind pleite. Und die, die noch nicht tief in der Schuldenfalle stecken, werden auf Jahre hinaus keine Investitionen tätigen können.

Diese neoliberale Politik auf Bundes- und Landesebene hat die finanzielle Lage der Kommunen in katastrophaler Weise verschlechtert, die Handlungsspielräume eingeschränkt, die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung unterlaufen und in unzulässiger Weise eingeschränkt. Diese Situation führt dazu, Städte und Gemeinden gefügig gegenüber den Interessen der Wirtschaft zu machen. Es besteht die Gefahr, dass kommunales Eigentum weiter veräußert wird. Alle kommunalen Bereiche sollen der profitorientierten Privatwirtschaft zugänglich gemacht werden.

Paradoxerweise beklagen sich Politiker*innen der im Bund und Land regierenden Parteien auf kommunaler Ebene über gerade diese Zustände...

Wir erteilen allen Wünschen der Wirtschaft nach einer Abschaffung der Gewerbesteuer eine eindeutige Absage. Im Gegenteil: gewinnstarke Unternehmen müssen wieder mehr zur Finanzierung ihrer Städte und Gemeinden beitragen! Mittelfristig muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindeertragssteuer weiterentwickelt werden.

Die Friedberger Stadtverordnetenversammlung muss deshalb ständig auf Landesebene, auf Bundesebene und im Verband der kommunalen Körperschaften tätig werden, um die generelle Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern.

Auch Friedberg ist von dieser Situation betroffen. Außerhalb der Pflichtaufgaben werden kaum Investitionen getätigt. Die kommunale Infrastruktur wird so zunehmend ausgehöhlt.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Möglichkeiten bei den Ausgaben sinnvoll zu sparen, ohne dabei wichtige kommunale Leistungen einzuschränken, sind nur sehr beschränkt vorhanden. Eine Kürzung der Mittel bei Leistungen der öffentlichen Infrastruktur wie Stadthalle, Judenbad, Bibliothekszentrum, Schwimmbad, lehnen wir entschieden ab! Die Bereitstellung dieser Maßnahmen ist Bestandteil des Bildungs- und Kulturauftrags der öffentlichen Hand. In unserem Leitbild einer demokratischen, gebildeten und toleranten Gesellschaft stellen sie eine wichtige Aufgabe dar.
- Wir treten für eine Verbesserung der Einnahmesituation ein. Grundsätzlich halten wir es für nicht hinnehmbar, und auch nicht vereinbar mit dem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung, dass Friedberg für die nächsten Jahre keine nennenswerten Investitionen plant. Wir müssen investieren, um vor Ort eine soziale und wirtschaftliche Infrastruktur bereitzustellen, die Friedberg als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiv macht. Durch jahrelangen Stillstand werden wir dies nicht erreichen.
- Mit den Erhöhungen der Grundsteuer B und der Einführung einer Straßenbeitragssatzung ist die Belastung für die Einwohner*innen in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Hier sehen wir keinen Spielraum für weitere Erhöhungen. Die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuer A wurden nicht in dem Umfang erhöht wie die Grundsteuer B. Dies ist keine faire Lastenverteilung. Deshalb sehen wir in diesen Bereichen noch Möglichkeiten zur Steigerung. Die Wirtschaft muss sich an den Kosten für die kommunale Infrastruktur beteiligen.
- Die Stadt Friedberg tritt dem Bündnis Vermögenssteuer jetzt bei. Sie setzt sich für eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten ein. Und sie kämpft für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen.

- Mit einer Erhöhung der Parkgebühren kann der Haushalt um einige hunderttausend Euro im Jahr entlastet werden. Wir denken, dass eine durchschnittliche Erhöhung um 50 % angemessen ist. Dabei sollten aber gezielt dort die Gebühren erhöht werden, wo dies aus verkehrstechnischen Erwägungen am sinnvollsten ist. Konkret heißt dies z.B., das auf der Kaiserstraße die Gebühren stärker erhöht werden sollen, im wenig ausgelasteten Parkhaus hingegen auf eine Erhöhung verzichtet wird.
- Die Einführung einer wiederkehrenden Straßenbeitragssatzung kann zur Entlastung des Haushaltes beitragen. Die Einführung einmaliger Straßenbeiträge lehnen wir ab.

4.2 Öffentliche Infrastruktur

Öffentliche Infrastruktur verteidigen – Privatisierungen verhindern

Der allgemeine Zugang zu Diensten und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu zählen die öffentliche Versorgung mit Energie und Wasser, die Entsorgung von Abfall und Abwasser, der Öffentliche Personennahverkehr, Straßenbau und Straßenreinigung, Bauplanung, Sozialhilfe, Jugendhilfe und Arbeitsförderung, Kindertagesstätten, Schulträgerschaft, Gesundheitswesen, Krankenhäuser und Rettungsdienst, Katastrophenschutz sowie die Kulturpflege, Schwimmbäder, Bibliotheken und Museen. Diese Leistungen müssen in öffentlicher Hand bleiben bzw. wieder dorthin zurückgeführt werden, wo sie bereits privatisiert sind.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – eine weitere Privatisierung ist abzulehnen.
- Rückumwandlung kommunaler Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) in kommunale Eigenbetriebe.
- Im Mittelpunkt der Leistungen der Daseinsvorsorge müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen.
- Eine kommunale Daseinsvorsorge muss sich an dem Leitbild einer sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung orientieren.
- Die Bürger*innen vor Ort müssen einen stärkeren Einfluss auf Art und Umfang der öffentlichen Dienstleistungen und auf die Art ihrer Bereitstellung haben.
- Wir lehnen alle Bestrebungen zur Privatisierung der Stadthalle ab.
- Ein funktionaler und energiesparsamer Stadthallenneubau wird kurzfristig angestrebt.
- Das Krankenhaus in Friedberg soll weiter in öffentlicher Hand bestehen bleiben. Eine Schließung oder Privatisierung lehnen wir ab.
- Die Transparenzpflichten bei städtischen Beteiligungsgesellschaften wie der Wohnungsbau GmbH sind deutlich auszuweiten. Es ist nicht hinnehmbar, dass z.B. der Aufsichtsrat eines so wichtigen kommunalen Unternehmens geheim tagt und nicht rechenschaftspflichtig ist.
- Die Mitglieder kommunaler Aufsichtsräte müssen einem Weisungsrecht unterliegen. Wichtige Entscheidungen kommunaler GmbHs müssen von der Stadtverordnetenversammlung oder einem Bürger*innenentscheid getroffen werden.

- Eine Umwandlung von Eigenbetrieben in kommunale Unternehmen (z.B. GmbHs) lehnen wir ab. GmbHs tagen geheim und unterliegen keiner ausreichenden demokratischen Kontrolle.

4.3 Stadtentwicklung

Stadtentwicklung im Sinne Aller. Wohnortnahe Versorgung sichern

Reußches-Gelände, Altes Schwimmbad, Bahnhof

Ziele einer fortschrittlichen Stadtentwicklung im Sinne der Menschen, sind die Sicherung einer wohnortnahen Versorgung, die Reduzierung von Wegen und die Wahrung einer lebendigen Innenstadt.

Das Alte Schwimmbad wurde vor knapp 100 Jahren von Friedberger Bürger*innen unter der Bedingung der gemeinnützigen Verwendung gestiftet. Aufgrund des bürgerschaftlichen Engagements des Vereins *Theater Altes Hallenbad* gibt es nun eine sinnvolle Nutzung. Wir begrüßen das ehrenamtliche Engagement des Vereins. Wir sprechen uns dafür aus, dass sich die Stadt Friedberg im Rahmen ihres Bildungsauftrags an der Sanierung und dem Betrieb des Kulturzentrums beteiligt. Im Gegenzug ist sicherzustellen, dass sich das kulturelle Angebot im alten Hallenbad insbesondere auch an finanzschwache Bevölkerungsschichten sowie Menschen mit Migrationshintergrund richtet.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Ansiedlungen von großflächigem Einzelhandel mit innenstadtrelevantem Sortiment oder Waren zur Sicherung des täglichen Bedarfs, wie z.B. Lebensmittel lehnen wir außerhalb entwickelter Standorte ab. Supermärkte in Gewerbe- und Industriegebieten abseits der Wohnungsbebauung lehnen wir ab.
- Weitere Siedlungsentwicklung wollen wir nur an verkehrlich gut erschlossenen Orten mit Anbindung an den Bahnverkehr.
- Unterstützung des Vereins Altes Hallenbad e.V. beim Umbau des alten Hallenbads. Dabei wollen wir einen Kulturort für alle Menschen in Friedberg.
- Wir streben an, den Bahnhof von der deutschen Bahn-AG günstig aufzukaufen und als städtischen Eigenbetrieb zu führen. Von der Bahn ist dabei ein vom Passagieraufkommen abhängiges Nutzungsentgelt für die Bereitstellung eines attraktiven Ein- und Umsteigeplatzes zu erheben. Befindet sich der Bahnhof erst im Eigentum der Stadt Friedberg, können viele Probleme konstruktiv angegangen werden. Bisher ist dies an mangelndem Interesse der Deutschen Bahn AG gescheitert. Verweigert sich die Bahn diesem Vorhaben sollte eine Enteignung gemäß Artikel 14, Absatz 3 des Grundgesetzes geprüft werden.
- Eine für Fahrräder und Rollstuhlfahrer*innen geeignete Unter- bzw. Überquerung der Bahnlinie im Bereich des Bahnhofs.
- Wir unterstützen einen Durchstich der Bahnunterführung nach Osten. Dieser soll barrierefrei gestaltet werden. Die Bahn ist dabei an den Kosten für den Tunnel zu beteiligen. Alternativ ist auch eine Brückenlösung zu prüfen.
- Wir fordern, dass die Stadt Friedberg Ausnahmegenehmigungen vom Ladenschlussgesetz auf maximal 3 Veranstaltungen im Jahr beschränkt. Im Falle einer solchen Ausnahme ist auf eine tarifgemäße Überstundenvergütung und Freizeitausgleich für die Mitarbeiter*innen hinzuwirken.

- Flächenversiegelungen sind auf das absolut notwendige Minimum zu reduzieren. Entwicklungen sollen primär im bereits bebauten Bereich stattfinden. Insgesamt kann die Bebauungsdichte erhöht werden.
- Wir wollen deutlich mehr Bäume und Grünflächen im Stadtgebiet. Dies steigert die Lebensqualität im Angesicht der Klimakatastrophe.
- Vegetationslose Steingärten bzw. Steinwüsten müssen verboten werden. Sie sind eine Katastrophe für das Stadtklima. Die Stadt muss Anreize schaffen zur Renaturierung der Vorgärten.

4.4 Die Kaiserstraße

Für einen lebendigen Stadtkern

Die Kaiserstraße stellt als Einkaufs- und Marktzentrum den Mittelpunkt städtischen Lebens dar. Gleichzeitig verbinden sich mit der Kaiserstraße viele Probleme, die Ihre Entwicklung hemmen. Die Nutzung als Parkplatz senkt die Attraktivität unseres Zentrums für Fußgänger*innen und führt zu einer enormen Belastung aufgrund des zusätzlichen und stockenden Verkehrs. Hier wollen wir eingreifen und den Fußgänger*innen mehr Raum bieten. Der Elvis-Presley-Platz soll verstärkt von Initiativen und Parteien genutzt werden können. Dies halten wir für nicht demokratisch. Wir wollen, dass alle Friedberger von ihm profitieren können.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Durch eine Reduzierung der Parkplätze böte sich viel Gestaltungsraum auf der breiten Straße und die Möglichkeit in der Nähe der Burg einen zweiten Platz einzurichten. Bürgersteige mit 6-10 m Breite bieten eine Atmosphäre, die mit der von Fußgängerzonen vergleichbar ist. Kaufleute und Gastronomen würden von einer damit einhergehenden Steigerung der Frequenz profitieren. Der umgestaltete Elvis-Presley-Platz kann hier teilweise als Vorbild dienen. Allerdings sind deutlich mehr Bäume und Grünflächen nötig, auch um die Folgen der Klimakatastrophe abzumildern.
- Des Weiteren wollen wir den zentralen Elvis-Presley-Platz auch für nichtkommerzielle Nutzungen öffnen. Veranstaltungen örtlicher Vereine und Parteien sollen dort genauso stattfinden können wie kommerzielle Nutzungen.
- Durch ein Verbot der Entwicklung innenstadtrelevanter Sortimente in den Gewerbegebieten wollen wir den Einzelhandel auf der Kaiserstraße stärken.
- Sperrung der Innenstadt für den durchfließenden LKW-Verkehr.
- Die Stadt Friedberg soll sich massiv für die Beseitigung der Leerstände von Geschäftsräumen auf der Kaiserstraße einsetzen, auch mit persönlicher Ansprache der Eigentümer.
- Wir unterstützen den Versuch, die Kaiserstraße für mehrere Wochen zu einer Fußgängerzone umzufunktionieren. Sollte dieser Versuch glücken, kann langfristig angestrebt werden, die Kaiserstraße vom Autoverkehr zu befreien.
- Wir streben (unabhängig davon) eine deutliche Verkehrsberuhigung auf der Kaiserstraße an. Die Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen und Radfahrende muss deutlich verbessert werden. Der motorisierte Verkehr ist dazu einzuschränken. Dazu sind Maßnahmen, wie z.B. Kreisel, Drempel, Schikanen oder Gemeinschaftsstraßen zu prüfen.

4.5 Kasernengelände

Soziale und ökologische Gestaltung des Kasernengeländes

Während viele andere Städte die Konversion Ihrer Kasernengelände bereits abgeschlossen haben, steht Friedberg noch ganz am Anfang der Entwicklung. Wir fordern, dass diese Entwicklung zeitnah beginnt. Weitere Verzögerungen müssen vermieden werden.

In der ehemaligen Kaserne entsteht ein völlig neues Viertel. Wir sehen dies als Chance. Wir wollen, dass das Viertel zu einem Leuchtturm für soziale und nachhaltige Stadtentwicklung wird.

Damit dies möglich ist, muss die Stadt den Weg der Erstzugriffs weiter gehen und Eigentümer des Geländes werden. Eine Komplettentwicklung durch einen privaten Investor lehnen wir ab. Das Viertel soll den Menschen dienen die dort leben und arbeiten und nicht den Profiten Dritter. Um der zunehmenden Flächenversiegelung entgegen zu wirken, wollen wir eine höhere Bebauungsdichte. Bis zu 5 Stockwerke sollen im Geschosswohnungsbau möglich sein. Dies ermöglicht auch bezahlbarere Mietpreise.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Erwerb der Kaserne durch die Stadt im Rahmen des Erstzugriffverfahrens
- Keine Komplettentwicklung durch Investor
- Der Schwerpunkt der Entwicklung soll auf Wohnungsbau liegen.
- Mindestens 1/3 der gebauten Wohnungen sollen Sozialwohnungen sein.
- Wir streben eine Erhöhung der Bebauungsdichte an. Verzicht auf alleinstehende Einfamilienhäuser. Bebauung bis zu 5 Vollgeschossen.
- Ein Teil des Gebiets soll als autofreies Stadtviertel entwickelt werden.
- Die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung sind zu berücksichtigen.
- Das Kasernengelände insgesamt soll mindestens ein Co2-neutrales Viertel werden.
- Bei der Ansiedlung von Gewerbe streben wir die Schaffung nachhaltiger und fairer Arbeitsplätze an. Eine reine Ausrichtung auf maximierte Gewerbesteuer lehnen wir ab.

4.6 Corona

Wege aus der ‚Corona‘-Krise – Nachhaltige Infrastruktur schaffen

Die weltweite SARS-COV-2 Pandemie hat das öffentliche Leben auch in Friedberg massiv beeinflusst. Alle Planungen für den öffentlichen Haushalt sind hinfällig geworden. Geschäfte, Gastronomie und Kulturbetriebe hatten mit erheblichen Einbußen zu kämpfen.

Schon mitten in der Krise wurden erste Rufe laut, die öffentliche Investitionstätigkeit weitgehend einzustellen. Diesen Forderungen erteilen wir eine klare Absage! Um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern ist es nötig umfassend zu investieren. Die Stadt Friedberg muss dabei Ihre Verantwortung als öffentlicher Auftraggeber wahrnehmen. Investitionen in nachhaltige Infrastruktur müssen nun getätigt werden.

In einer Situation in der es weiterhin absurd viel Reichtum in den Händen der reichsten Haushalte gibt und die Zinsen bei null liegen wäre es fatal und absurd auf eine Sparpolitik zu setzen.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Keinen Shutdown der öffentlichen Investitionstätigkeit. Verantwortung als öffentlicher Auftraggeber wahrnehmen.
- Investitionen zur Schaffung einer nachhaltigen Infrastruktur. Die Bereiche Bildung, Kinderbetreuung und ÖPNV fördern.
- Unterstützung der lokalen Kultur- und Gastronomieszene. Austrocknen des öffentlichen Lebens verhindern.
- Regelmäßiges Ansparen eines kommunalen Nothilfefonds für den Fall einer weiteren Pandemie.
- Ausreichende Bevorratung von Schutzmasken und Kleidung für medizinisches Personal und notwendige Dienstleistungen.
- Förderungen von Heimarbeitsplätzen in der städtischen Verwaltung und in Friedberger Betrieben.

4.7 Friedberg und Bad Nauheim

Bad Nauheim ist die Nachbarstadt Friedbergs mit direkt angrenzender Bebauung. Gemeinsam bilden Friedberg und Bad Nauheim einen Standort mit großen Entwicklungsmöglichkeiten und Potenzialen. Wir begrüßen gemeinsame Initiativen der Städte, z.B. beim Glasfaserausbau. Wir treten für eine intensivere Zusammenarbeit mit unserer Nachbarstadt ein. Die gemeinsame Nutzung von Ressourcen kann zu kostensparenden Synergieeffekten führen und die Infrastruktur in beiden Städten stärken.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE ein:

- Eine gemeinsame Verkehrsplanung der Städte Friedberg und Bad Nauheim sowie regelmäßige Absprachen und Treffen auf politischer und fachlicher Ebene.
- Entwicklung eines gemeinsamen Stadtbussystems mit Bad Nauheim in Zusammenarbeit mit den lokalen Agenda-Gruppen.
- Im Rahmen der mittel- und langfristigen Planung sollte eine Zusammenschließung kommunaler Einrichtungen wie Bauhof und Stadtwerke vorbereitet werden.